

Replik der ProDG-Fraktion/Lydia Klinkenberg

Plenarsitzung vom 12.12.2013

Es gilt das gesprochene Wort

## **Replik**

### **Haushalt 2014: Familie, Gesundheit und Soziales**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind nach wie vor spürbar. Die Kaufkraft sinkt. Ebenso wie die Elternbeiträge beim Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung, was auf sinkende Einkommen hinweist. Die Ausgleichszahlung erfolgt durch die DG. Die Menge an Lebensmittelpaketen, die das Rote Kreuz in der DG ausgibt, steigt hingegen. Und auch die steigende Anzahl Empfänger von Eingliederungseinkommen und gleichgestellter Sozialhilfe zeigt keinerlei rückläufige Tendenz.

In diesen schwierigen Zeiten sind Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur Steigerung der belgischen Wettbewerbsfähigkeit wichtig und richtig. Bisher ist es aber nur bei Mini-Maßnahmen wie der Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom geblieben. Es gibt also noch viel zu tun. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer – nicht nur in Belgien, sondern insgesamt in Westeuropa: eine große Herausforderung, die eine verstärkte Zusammenarbeit von Gemeinden und Gemeinschaft erforderlich macht. Denn Armut ist eine Querschnittsthema, das alle Lebensbereiche betrifft: das Wohnen, den Zugang zu

kulturellen Angeboten, die Bildung, die Beschäftigung, die Gesundheit, die Ernährung, aber auch die allgemeine Lebensqualität an sich.

Bereits im April sagte ich, dass es beim Kampf gegen Armut ganz überwiegend um Chancen geht. Die Wissenschaft zur Eingrenzung von Armut spricht diesbezüglich eine eindeutige Sprache: Die Vermeidung von Armut ist in empirisch belegter Weise erfolgversprechender als die so genannte Bekämpfung der Armut. Der Kampf gegen die Armut ist also ein Kampf für die Chancengleichheit innerhalb unserer Gesellschaft. Bildungsarmut beispielsweise führt erwiesenermaßen oft zu dauerhafter materieller Armut.

Es ist also unerlässlich Chancengerechtigkeit zu gewährleisten. Und das tun wir im Bildungsbereich, wie sie alle wissen, mit großem Erfolg. Gleiches gilt aber auch für den Ausbau der Kinderbetreuung u.a. zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein Bereich der seit langem unsere volle Unterstützung genießt. Und auch die Initiative zur Unterstützung von Familien mit vielfältiger Problembelastung – z.B. im Rahmen des Case-Management-Projekts – verdient in dieser Liste ebenso einen Platz wie die bessere berufliche Eingliederung und Wiedereingliederung in Zusammenarbeit mit der Solidarwirtschaft, der Dienststelle für Personen mit Behinderung und dem Arbeitsamt.

Ich weise daher die Behauptung, dass wir alle Langzeitarbeitslosen als unwillig und unvermittelbar betrachten, eindeutig von mir. Trotzdem gibt es noch Einiges zu tun, bevor im Bildungs- und Sozialsystem kein Mensch mehr durch das soziale Netz fällt und bestmöglich gefördert wird. Aber auch daran arbeiten wir. Die Zusammenlegung der PMS- und Gesundheitszentren und des DKF ist ein Weg in die richtige Richtung.

Aber ich gebe Ihnen in diesem Punkt Recht, Frau Franzen: die wichtigste Voraussetzung für die Erstellung eines Gesamtkonzepts

gegen die Armut in unserer Gemeinschaft ist die aktive Einbeziehung aller betroffenen Menschen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!